

Motion Haas, Faire Rahmenbedingungen für Privatschulen

Roland Näf, Muri (SP). Was will Adrian Haas? Schlicht und einfach mehr Subventionen. Kosten? Machen Ihnen diese Angst? Kein Problem; Adrian Haas hat das in seinem Vorstoss aufgeführt: haushaltsneutral – er schreibt, zumindest mittelfristig.

Ich bin ein Neuling hier im Rat. Im ersten Moment habe ich gedacht, Herr Haas könne wahrscheinlich zaubern. Der Regierungsrat hat einiges gemerkt. Wie läuft das genau finanziell bei diesen Privatschulen? Ich habe die Übersicht über mehr als zwanzig Jahre in einem Einzugsgebiet der Berner Privatschulen, nämlich in Muri, und ich kann Ihnen sagen: Wenn ein Kind in eine Privatschule geht, dann betrifft das normalerweise in den Gebieten, wo das überhaupt in Frage kommt – in der Agglomeration – ein, zwei Kinder. Deswegen wird keine einzige Klasse weniger eröffnet oder geschlossen. Schulhaus wird kein einziges weniger gebaut, wenn diese Kinder eine Privatschule besuchen. Ein Stuhl wird vielleicht etwas weniger abgenützt oder es muss ein Bleistift weniger abgegeben werden. Das sind keine Kostenfaktoren. Es stimmt einfach nicht. Dieser Zauber trifft nicht zu. Die Subventionen kosten den Kanton Bern.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Etwas muss uns hier erstaunen: Wenn hier im Rat jemand Subventionen fordert, sind das natürlich die Linken, tönt es aus dem Berggebiet. Aber genau diese Leute, die hier eine Schuldenbremse gefordert haben, die Steuern senken wollen, genau dieselben kommen nun mit Subventionsforderungen. Das ist für mich, Herr Haas, ein fauler Zauber.

Wir haben in der Politik in den letzten Jahren etwas Entscheidendes gelernt: wenn wir eine politische Massnahme beschliessen, interessiert uns die Wirkung; wen diese Massnahme betrifft, wer schliesslich profitiert oder verliert. Schauen wir doch einmal, wer eigentlich diese drei von Herrn Haas erwähnten Schulen besucht. Ich habe zwanzig Jahre Erfahrung als Lehrer und Schulleiter in Muri. Ich weiss, welche Kinder diese Schulen besucht haben oder besuchen. Ich kann mich an kein einziges Kind erinnern, das nicht vorher die Selektion in die öffentlichen Gymnasien verpasst und anschliessend den Weg in privaten Gymnasien gesucht hat. Die Stichprobe in Muri ist gross. Ich habe die Übersicht über ungefähr 100 Kinder. In jedem Fall ziehen die Eltern die öffentlichen Gymnasien vor und nur wenn es bei der Selektion

einfach nicht reicht, nimmt man den Privatzug.

Frau Morgenthaler sagte vorher, dass der ganze Kanton Bern von diesen Privatschulen profitiere. Schauen wir einmal hier im Saal. Wer hat in der Familie ein Kind, das ein privates Gymnasium besucht hat oder noch besucht? Man könnte nun genau fragen, ob es Ratsmitglieder aus dem Emmental, aus dem Oberland, dem Berner Jura oder aus dem Seeland sind. Nein, sie sind aus der Agglomeration Bern und zwar statistisch relevant. Nun können Sie natürlich sagen, dass ich da vorne am Rednerpult irgendetwas behaupte. Ich habe es genau wissen wollen. Ich habe anhand des Schülerverzeichnisses aus dem Jahr 2003 des Freien Gymnasiums Bern – der Schule, deren Interessen von Herrn Haas, als Vorstandmitglied vertreten werden – eine Statistik gemacht, woher deren 170 Schülerinnen und Schüler im Jahrgang 2003 stammen. 91 Prozent kommen aus dem Einzugsgebiet der Stadtberner Gymnasien und aus Köniz. 5 Prozent aus dem Einzugsgebiet des Gymnasiums Thun, 2 Prozent aus dem Einzugsgebiet des Gymnasiums Biel, 1,5 Prozent aus dem Einzugsgebiet Oberraargau und weniger als ein Prozent aus dem Einzugsgebiet Interlaken.

Nebenbei noch etwas sehr Interessantes. Aus der Gemeinde Muri gehen genau gleich viele Kinder in dieses private Gymnasium wie vom Oberraargau, Berner Oberland, Seeland und Berner Jura zusammen, insgesamt 9 Prozent. Nun, Herr Haas – um noch ihr Wort «Fairness» zu verwenden – ist es fair, wenn von den Randregionen wie Interlaken oder Oberraargau die «gewissen» Familien aus der Berner Agglomeration subventioniert werden? Man könnte noch eine spannende Rechnung machen. Das Gebiet Oberland Ost hat eine einzige Schülerin im Jahr 2003 am Freien Gymnasium gehabt. Nun können Sie sich einmal überlegen, wie teuer diese effektiv dem Berner Oberland zu stehen kommt. Sie würden staunen. Mit diesem Geld könnten Sie wahrscheinlich einige Kinder aus dem Oberland Ost am Gymnasium Interlaken unterrichten.

Nun wollen wir noch die Schlussfrage bezüglich der Wirkung dieses Gesetzes stellen. Übernehmen die privaten Gymnasien wirklich eine Aufgabe für den Kanton? Der Regierungsrat ist davon überzeugt. 27 Klassen gibt es. Wenn der Kanton Bern effektiv diese 27 Klassen führen müsste, würde es ihn genau gleichviel kosten. Das ist richtig, damit bin ich absolut einverstanden. Das ist kostenneutral. Aber was entscheidend ist: Es wären nicht dieselben Kinder, wenn wir bei derselben

Maturitätsquote, diese Kinder in Interlaken, in Langenthal, in Biel oder in Thun unterrichten würden. Es wären andere Kinder, glauben Sie mir das! Es kommt nicht auf dasselbe heraus, Herr Haas, wenn beispielsweise ein Kind aus dem Manuelquartier oder dem Muristalengebiet den Muristalden besucht, oder wenn dieses Kind von Saanen nach Bern kommen müsste – das ist doch etwas schwieriger. Solche hat es keine. Ich fasse zusammen. Auf Volksschulstufe bedeuten

Erziehung 24. Januar 2006 – Morgen 49
Privatschulen eindeutig Mehrkosten. Die Förderung der Gymnasialstufe betrifft die Agglomeration Bern und gewisse Familien. Die Randregionen haben so keine Chance.

Ich verlange Namensaufruf. Ich denke vor allem an die Leute in den Randregionen, die sich in der Fraktion bereits für diese Motion entschlossen haben. Es gibt neue Daten, und diese haben Sie damals nicht gekannt.

Mittelschulgesetz – Subventionierung der privaten Gymnasien 31.1.2007

Roland Näf, Muri (SP-JUSO). Warum wollen wir den Privatschulen nur 60 Prozent und nicht gerade 100 Prozent geben?

Offenbar haben wir das Gefühl, 60 Prozent seien ausreichend.

Die Frage steht im Raum, was genau bis zu den 100 Prozent fehlt. Die Kommissionspräsidentin hat uns heute Morgen einen Tipp gegeben. Wir gehen beim Mittelschulgesetz von der Bildungsstrategie aus. Darin sind Ziele definiert, die wir mit dem Mittel des Schulgesetzes erreichen wollen.

Ein Ziel ist die Qualität. Was braucht es wirklich für 100 Prozent Qualität? Ein zweiter wichtiger Punkt der Bildungsstrategie ist die Chancengleichheit oder Chancengerechtigkeit.

Was braucht es, damit jemand das Gymnasium besuchen kann? In unserem Kanton sind die Aufnahmeprüfungen oder die Aufnahmeverfahren entscheidend. In Bezug auf die Zugänglichkeit stelle ich fest, dass es sehr grosse Unterschiede

gibt, und zwar zwischen den öffentlichen Gymnasien einerseits und den drei Privatschulen in der Stadt Bern andererseits.

Ich rede aus der Erfahrung von mehr als 20 Jahren als Lehrer und Schulleiter auf der Stufe, auf der die Selektion stattfindet.

Ich kann mich an keine Schülerin und keinen Schüler erinnern, die oder der die Prüfung zum öffentlichen Gymnasium bestand oder empfohlen wurde und nachher eine der drei Privatschulen wählte. Das gab es nicht. Umgekehrt gab es solche, die zuerst das öffentliche Gymnasium besuchten,

ungenügend wurden und dann in eine dieser drei Privatschulen wechselten. Das heisst aber, dass die drei Privatschulen, die zweifellos gut arbeiten, ein anderes Publikum mit andern Fähigkeiten haben, nämlich diejenigen, die in der achten Klasse leistungsmässig schwächer waren. Es ist aber sehr schwierig, mit den Schülerinnen und Schülern, die weniger gute Leistungen erbringen, die gleichen Ziele zu erreichen. Chancengleichheit hat noch einen andern Aspekt. Als wir bei anderer Gelegenheit hier über die Privatschulen diskutierten, erinnerte ich Sie daran, dass beispielsweise das Freie Gymnasium 90 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus dem Einzugsgebiet der Gymnasien der Gemeinden Bern und Köniz hat. Ich wurde deswegen kritisiert, und man sagte, im Muristalden sehe es anders aus. Ich habe die Sache für dieses Jahr neu angeschaut. Es ist immer noch so, dass zwischen 85 und 80 Prozent der Gymnasiasten im Campus Muristalden aus dem Einzugsgebiet der Gymnasien der Gemeinden Bern und Köniz kommen. Das übrige Gebiet ist massiv untervertreten, konkret das Oberland, Biel, Berner Jura, Langenthal. Diese Gebiete subventionieren also die Kinder aus der Agglomeration Bern.

In Sachen Chancengleichheit ist es zentral, dass man sagen kann, die Leistung sei der entscheidende Punkt. Der Zugang beruht nur auf der Leistung. Das ist doch das liberale Prinzip, das die FDP sonst hochhält. Es kann nicht sein, dass das Einkommen der Eltern der entscheidende Faktor dafür ist, ob jemand eine Schule besuchen kann. Im Moment, da wir im Kanton Bern derartige Verhältnisse haben, dass Eltern mit einem tiefen Einkommen zum Nulltarif ihren Sohn oder ihre Tochter in das private Gymnasium schicken könnten, würde die Sache ganz anders aussehen. Das Gymnasium Muristalden hat den grössten Unterschied bei den Tarifen, aber auch dort macht es fast 10 000 Franken aus. Das ist für einen grossen Teil der Familien schlicht nicht tragbar. Wir stellen also fest, dass bei den zwei zentralen Zielen der Bildungsstrategie, nämlich der Qualität und der Chancengerechtigkeit, die Privatschulen keinen Gleichstand mit den öffentlichen Gymnasien erreichen. Daraus folgt, dass wir dort Abstriche machen müssen. Die Frage ist, wie viel? Mir scheint in Anbetracht der Fakten, 30 Prozent seien schon recht viel. Ich bitte Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Roland Näf, Muri (SP-JUSO). Herr Brand und Herr Kast, ich billige Ihnen beiden zu, dass es Eltern gibt, die mit Überzeugung

ihre Kinder in diese Schulen schicken. Ich muss aber mit Bezug auf die Qualität und auf das, was Frau Stalder gesagt hat, betonen, dass wir allgemeine Aussagen nur machen können, wenn wir eine grössere Stichprobe von beispielsweise 50 bis 60 Kindern haben. Nur dann können wir statistisch korrekte Aussagen machen, die nicht auf Einzelwahrnehmungen beruhen wie bei Herrn Brand und Herrn Kast. Ich habe den Überblick über eine recht gute Stichprobe, und ich meine schon, dass man die Sache einigermaßen wissenschaftlich anschauen sollte. Bloss Vermutungen, wer die Universität besser absolviert, helfen nicht weiter. Herr Brand hat von der Konkurrenz zwischen öffentlichen und privaten Gymnasien gesprochen. Über Konkurrenz kann man nur dann mehr Qualität erreichen, wenn man wirklich die gleichen Zugangsbedingungen schafft. Noch etwas zu den Maturitätsprüfungen. Hier im Saal gibt es auch Lehrer und Lehrerinnen von Gymnasien. Fragen Sie doch diejenigen, die selber bei den Maturitätsprüfungen Expertinnen und Experten sind, ob die Qualität überall gleich hoch sei.

Private Gymnasien 27. März 2007

Roland Näf Muri (SP-JUSO). Mit den drei Kreditvorlagen gehen wir an das vorgesehene Limit von 60 Prozent. Wenn wir an das Limit von Subventionen gehen, müssen wir uns Gedanken über die Kantonsfinanzen machen. Das kann nicht unabhängig betrachtet werden. Nach der Finanzdebatte im Rat von vergangener Woche könnte ich persönlich nicht mehr die Hand dafür ins Feuer legen, ob der Kanton Bern sogar im Bildungsbereich kürzen muss. Von den Kürzungen sind die gebundenen Ausgaben natürlich ausgeschlossen. Beschliesst der Grosse Rat nun diese Subventionen an die drei Stadtberner Privatgymnasien, ohne eine Kürzungsmöglichkeit einzubauen, werden sie faktisch zu gebundenen Ausgaben, über die nicht mehr diskutiert werden kann. Die Klausel, die ich vorschlage, ist im Grunde genommen nichts Neues. Bei diversen Geschäften, zum Beispiel bei Stiftungen, hat der Rat solche Klauseln beschlossen. Es handelt sich dabei um eine Art Vorsichtsmassnahme. Ich würde sogar noch weiter gehen: Der Rat sollte sich überlegen, ob es nicht grundsätzlich sinnvoll wäre, bei Subventionen eine derartige Klausel einzubauen. Finanzpolitisch wird es im Kanton Bern immer enger. Und auch der Aufgabendialog, den wir vor uns haben, wird zu einem Witz, wenn schlicht und einfach der finanzpolitische

Spielraum fehlt.

Etwas möchte ich ausdrücklich betonen: Mit meinem Antrag wird keine Kürzung verlangt. Der einzige Zweck dieser Klausel besteht darin, dem Regierungsrat einen gewissen Spielraum zu geben. Im Rahmen von 5 Prozent soll er die Möglichkeit haben, in dem Moment zu kürzen, wenn auch in anderen Bereichen der ERZ gekürzt werden müsste. Es handelt sich um eine Frage der Fairness. Es wäre beispielsweise nicht korrekt, wenn bei den Berufsschulen Kürzungen vorgenommen werden müssten und gleichzeitig die drei Privatschulen ihre Mittel sicher hätten. Letzte Woche hat sich die bürgerliche Mehrheit für magere Kantonsfinanzen entschieden. Nun sollte sie konsequent sein. Nicht mit einer Kürzung; das nicht. Aber zumindest, indem sie dem Regierungsrat die Möglichkeit einräumt, in Notfällen Kürzungen vorzunehmen. Zusammengefasst geht es bei meinem Antrag also nicht darum, jemandem etwas wegzunehmen, sondern lediglich um den Spielraum dafür. Und zwar nur dann, wenn der Regierungsrat aufgrund der finanzpolitischen Massnahmen dazu gezwungen würde.

Antrag für höheren Spielraum bei der Subventionierung der Privatschulen

Roland Näf, Muri (SP-JUSO). In der gestrigen Diskussion sind Sie – mit Ausnahme von Frau Schärer und dem Erziehungsdirektor heute Morgen – überhaupt nicht auf die finanzpolitischen Argumente der SP-JUSO eingegangen. Die Diskussionen liefen ungefähr nach dem Motto: Bei den öffentlichen Schulen kann man beliebig sparen. Hauptsache die Subventionen der drei privaten Maturitätsschulen bleiben im Trockenen. Ich weiss, dass es immer unglaublich schwierig ist, bei Subventionen etwas zu ändern. Ich habe den Eindruck, dass es hier in diesem Saal schlicht und einfach ein Tabu ist. Es wäre wahrscheinlich für ein paar von Ihnen weniger heikel, nackt über den Rathausplatz zu gehen, als hier eine kritische Bemerkung zur Subventionierung dieser drei Privatschulen zu machen. Gestern wurde dafür ein anderes Wort verwendet: Tradition. Man kann Subventionen natürlich auch mit dem Begriff «Tradition» begründen. Ich habe gespürt, dass bei diesem Thema bei allen Fraktionen sehr viele Emotionen vorhanden sind. Diese Emotionen haben auch sehr viel mit persönlicher Betroffenheit zu tun. Ehrlicherweise muss ich zugeben, dass ich, wenn ich als Vater

den Eindruck hätte, für meine Kinder gäbe es effektiv nur einen gymnasialen Weg, mir wahrscheinlich auch überlegen würde, dass dieser Sozialstatus mit ungefähr 50 000 Franken in vier Jahren eingekauft werden kann.

Diese Subventionsfrage darf einfach kein Tabu sein. Schön fand ich die Offenheit des Regierungsrats. Auf Seite zwei der Unterlagen steht: «Bei der Gestaltung ihrer Bildungswege sind die privaten Mittelschulen jedoch freier als die kantonalen Schulen. Sie müssen die kantonalen Aufnahmepromotionsbedingungen nicht zwingend anwenden, so können sie auch Schülerinnen und Schüler aufnehmen, welche bei den kantonalen Schulen nicht aufgenommen würden. Die privaten Maturitätsschulen erfüllen so eine Marktnische.» Bei Frau Kohler-Jost hiess es gestern noch etwas anders. Das gleiche formulierte sie als ein «Nachholen einer fehlenden Qualifikation», heute Morgen war es die Formulierung: «Sie nehmen auch schwächere Schüler auf.». Man kann es auch so sagen; das zumindest, Frau Kohler-Jost, ist ehrlich. Wir konnten alle kürzlich der Zeitung entnehmen, dass «Sekundarschülerin und Sekundarschüler» keine geschützten Titel sind. Ich warte gespannt auf den Moment, wo eine Schulleiterin oder ein Schulleiter im Kanton Bern entdeckt, dass auch «spezielle Sekundarschülerin» oder «spezieller Gymnasiast» keine geschützten Titel sind.

Tatsache ist, dass unser Selektionssystem absolut sinnlos ist, wenn nicht alle die gleichen Chancen haben. Tatsache ist ebenfalls, dass Kinder von Eltern mit guten Löhnen die zudem aus der Agglomeration Bern stammen statistisch signifikant bessere Chancen haben. Ich staune immer wieder über die Grosszügigkeit der ländlichen SVP. Ich merke sehr wohl, dass es Sie ärgert, wenn ich Ihnen immer wieder das Gleiche auf die Nase binde. Wir haben keinen Kürzungsantrag gestellt, sondern nur – wie der Erziehungsdirektor richtig gesagt hat – eine Spielraumerhöhung gefordert. Wenn Sie unseren Anträgen nicht zustimmen, kann ich auch dem Kredit nicht zustimmen.